

Beilage zu Nummer 139 der Volksstimme.

Freitag den 16. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 16. Juni 1916.

Massenspeisung, Speisung in Gasthäusern und Kartensystem.

Die Verteilung von Lebensmitteln für die Verwendung haushalt, wie sie das auf Karten aufgebauten Nationenstiften anstrebt, wird in ihren Grundlagen durchbrochen, die Möglichkeit besteht, fertige Speisen in Gasthäusern und Gastwirtschaften oder aus den Einrichtungen für Massenspeisung ohne Inanspruchnahme der Kartenrationen zu beziehen.

Da nun einmal der Grundgedanke unserer Ernährung auf Einrichtung mit den vorhandenen Beständen und Vorräten abzielt und infolgedessen das Gebot der Sparsamkeit und Einschränkung die Grundlage bleibt, von der Ausgaben werden muß, so muß logischerweise auch in erster und jede Möglichkeit befreit werden, die dem Sparsamkeitsgedanken und damit der einheitlichen Nationierung entgegensteht.

Rur die hauptsächlichsten Nahrungsmittel können rationiert werden. Aber bei diesen muß jeder Verbrauch auf die von auch in Anrechnung kommen. Wenn daher die Gemeinden in immer größerem Umfang zur Massenspeisung neigen, müssen auch Einrichtungen getroffen werden, durch den Bezug von Speisen die Rationen entsprechend gekürzt werden können. Ebenso umfassend müssen die Vorschriften den Bezug von Gastwirtschaften sein, und zwar aus zweitem Grunde: Erstens werden viele Verbraucher die Gemeinde, sich über ihre Ration zu versorgen, bemühen, und zweitens werden für Abnehmer, die sich aus allgemeinen Gründen mit fertigen Speisen versorgen und ihre Rationen nach diesen nicht beziehen, bereitgestellte Rationsmengen entweder, wie besonders bei Fleisch, leicht verderben oder ausgetauscht werden müssen, die ihre Ration bereits erfüllt haben. Uneinheitlichkeit wirkt hierbei verhindert und dafür gesorgt werden, daß der Fleischsorteninhaber, falls er außerhalb seiner Wohnung speist, auch den entsprechenden Anspruch für seine Karte erzielt, und daß der Besitzer von Speisen aus allgemeinen Einrichtungen nicht im Besitz seiner Karte für den vollen Verbrauch bleibt.

Es wird Aufgabe der Gemeinden sein, mit den forschreitenden Einrichtungen auch Grundzüge festzulegen, durch die notwendige Gleichmäßigkeit in der Verteilung nicht gestört wird.

Neues von der B.-E.-G. Der Rentroleinsaftgesellschaft ist das Vertrauensvotum ihres Ausschusses zu der Aufsicht verholfen zu haben, daß ihre Einführpolitik den Zielen des Volkes entspricht. Hier ein neues Beispiel: Die Württembergische "Befreiung" in Elberfeld hatte 100 im holländischen Eier an der Hand. Preis 19 Pf. Stück franco Elberfeld. Da der Eierpreis hier bereits 22 Pf. hinaufgetrieben wurde, wäre der Verkaufspreis etwa 22 Pf. für die holländischen Eier wohlstündig gefunden worden. Auf das telegraphische Freigabesignal reagierte die Gesellschaft nach einigem Zögern: Freigabe möglich! Sie verweist dabei auf ihre Todtgergesellschaft "Hessen", die schon seit Wochen keine Eier mehr abzugeben hat, wie durch Kommunalverwaltungen und Genossen wiederholt festgestellt wurde. Diese Wirtschaft der B.-E.-G., die offenbar von Valua-Rücklagen distanziert ist, einfach ungünstig genannt werden.

Postarbeit in den Bäckereien. Infolge Unstetigkeit des Managements ist in den geistigen Notis ein Fehler enthalten. Der § 9 neuen Bundesstaatsverordnung besagt:

Alle Arbeiten und Vorarbeiten, die zur Bereitung von Bäckwaren dienen, sind in Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.

Erläuternd sei dazu noch bemerkt: In diesem Paragraphen ist Verbot der Kocharbeit ausgesprochen. Sind erfreulicherweise die Worte "und Vorarbeiten" (die zur Bereitung von Bäckwaren dienen) hinzugekommen und im Absatz 2 wird außerdem bestimmt, daß die höheren Verwaltungsbüroden eine Tendenz des Beginns der zwölfstündigen Arbeitszeit auf 6 Uhr statt morgens nur im Falle dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses" und "nur in ländlichen Regionen" ausgesprochen dürfen. Ganz neu ist dann noch der Satz, daß solche Ausnahmen nur in Notfällen oder im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Befriedigung plötzlich (!) auftretenden Bedarfs des Heeres- oder der Marineverwaltung, gestatten werden dürfen. Das sind für die Arbeitschaft äußerst wichtige Bestimmungen, denn sie machen nun hoffentlich mit Schlag dem Unfug ein Ende, daß immer wieder verucht die Vorarbeiten zur Bereitung von Bäckware vor Beginn der Zeit auszuführen zu lassen. Damit, daß der Bundesrat aus den beiden Worte "und Vorarbeiten" eingeschüchtert hat, bevor das alles, was irgendwie mit der Bereitung von Bäckware in Verbindung steht, unbedingt nur innerhalb der gegebenen zwölf Stunden zu verrichten ist. Bäcker werden, wenn sie sich nicht mit probar machen wollen, nun noch entschieden als bisher alle diese Arbeiten zu tun haben, wenn sie vor Beginn der allgemeinen Arbeitszeitgeführt werden sollen.

Kriegsminne einer Schuhfabrik. Die Firma Tac & Co., die Verkaufsstellen hat, verdient im Geschäftsjahr 1915/16 102 Mark gegen 911 842 Mark im Vorjahr. Den unverhältnismäßig hohen Wachstum von reichlich 2 Millionen Mark führt auf rechtzeitige rechtliche Endbedingung von Rohmaterialien. Sie bietet es also für selbstverständliche "Preis zu halten", um sie es nicht nötig hatte, auch ihrerseits die Schuhpreise zu senken. Die Dividende steigt von 12 auf 20 Prozent, der Aktiengeld in Aktienfonds. — Patrioten!

Residenz-Theater. Des armen Anfangs wegen und stellsochen Wunsch des Publikums werden die beiden soartlichen Neuheiten "Die rätselhafte Frau" und "Will und Wile" wiederholt und die Stieltzeit kommt bis einschließlich Montag den 18. Juni ausgedehnt. Heute (Freitag) und am Montag gelangt "Die rätselhafte Frau" zur Aufführung und Sonntag als Schlussvorstellung "Will und Wile". Und- und Künftigerkarten haben zu diesen Vorstellungen Platz.

Festgenommener Mörder. Der Käffler Otto Winkler ist dringend verdächtig war, am 17. Mai d. J. in Höhe der Soale den Trödler Hermann Hödicke ermordet und nicht zu haben, ist in Leipzig festgenommen worden. Winkler des Mordes überführt und geständig.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Schierstein, 16. Juni. (Die Wahlvereinsversammlung), die am Montag stattfand, war erfreulicherweise von fast allen ortsanwesenden Genossen besucht. Die Delegiertenwahlen zur Bezirkskonferenz wurden vorgenommen, während der Wahl kam jedoch zum Ausdruck, daß aus einer Reihe von Gründen die Einberufung einer Bezirkskonferenz ungünstig und gegen das Rüstungsmonnen Protest eingelegt werden soll. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten — auch die letzten Gemeindevertreterwahlen wurden behandelt — beglichwünchs der stellvertretende Leiter des Vereins den Genossen Palmerich aus Anlaß seiner 25-jährigen Tätigkeit in der Parteibewegung und als Abonnent der Parteizeitung. Er wünschte, daß Genossen Palmerich noch recht lange als tätiges Mitglied der Parteibewegung erhalten bleiben möge.

Aus den umliegenden Kreisen.

Pferdemehrgergeheimnis.

"Si tacuisses, philosophus mansisses." Zu deutsch: Hättest du geschwiegen, dann wärst du ein Philosoph geblieben. Die alte Weisheit darf sich künftig auch der Rohmehrgergeheimnis Fasel in Höchst sein merken. Denn durch seine uns geliebte Berichtigung hat er andern Leuten nicht nur einen Einblick in die Geschäftsgesetzmäßigkeiten seiner Pferdeschlachterei gestattet, sondern unserem Gewährsmann eine willkommene Gelegenheit geboten, die Preisreihenreihe beim Pferdeschlachter nochmals zu beleuchten. Unser Gewährsmann schreibt:

Man kann ruhig gegeben, daß auch die Preise für Schlachtvieh seit vorigem Jahr außerordentlich in die Höhe gegangen sind. Sicherlich hätten die Behörden allen Anlaß gehabt, sich um die Ursachen auch dieser Erhöhung etwas zu kümmern. Nun handelt es sich aber bei Herrn Fasel nicht um einen Rohmehrger, der das zu schlachtende Vieh in der Regel von einem Händler kauft. Herr Fasel ist im Hauptberuf selbst Rohhändler. Da er nun nicht seine sämtlichen Werte im höchsten Schlachthaus schlachtet, die in Höchst geschlachteten dort leider auch nicht zur Kontrolle öffentlich gewogen werden, so kann Herr Fasel den Lesern der "Volksstimme" sehr viel von den für 1000 und mehr Mark angekauften Pferden erzählen. Es läßt sich ja gar nicht kontrollieren, ob er die fraglichen Werte wirklich in Höchst geschlachtet und verkauft oder gar lebend weiter verkaufst. Aber auch zugegeben, er habe die fraglichen Tiere ausgeschlachtet und verkauft, wie schwer sind sie denn gewesen?

Nun zu dem bekannten Brachstück, das wegen Blindheit vom Gutspächter Kalbenn an Fasel für 920 Mark verkaufte Stück Jungvieh. Das soll 400 Pfund Schlachtgewicht geben haben. Wenn auch im allgemeinen bekannt ist, daß ein Rohhändler pflichtiger ist, als ein gewöhnlicher Tierhändler, allzufürstig, Herr Fasel, sind wir denn aber doch nicht. Wer das junge, gutgenährte, prächtige Pferd, das zwecks Auktions durch die Stadt geführt wurde, gesehen hat, weiß auch als Vole, daß sich Herr Fasel bei seiner Gewichtsangabe sehr gestrichen hat. Das Gutachten von Fachleuten schwankt zwischen 800 und 700 Pfund, und wenn auch das niedrigste Schlachtgewicht in Ansatz gebracht wird, so hat Fasel doch allein an diesem Stück 400 bis 500 Mark verdient. Etwas stark aber ist es nun, den Preis von 2 beginn. 2.20 Mark per Pfund Pferdeschlachterei mit dem Kalbennschen Pferd zu begründen. Es ist in Höchst bekannt, daß man sich um das Fleisch dieses Tieres geradezu gekümmert hat; wie lange, Herr Fasel, hat es gedauert, bis das Fleisch von diesem Tiere verkauft war?

Nun aber noch eine andere Frage. Wollen Sie, Herr Rohmehrger, nicht die Öffentlichkeit auch darüber unterrichten, was Ihnen die Werte kosten, die Sie von der Heeresleitung in Darmstadt bekommen haben? Wenn wir auch nicht wissen, wie schwer die Tiere gewesen sind, aber nach dem uns bekannten Durchschnittspreis hätten Sie ruhig das Fleisch dieser Tiere für 50 Pfennig statt 1.80 Mark das Pfund verkaufen können, und Sie hätten kein Geld draufgelegt.

Aber, Herr Fasel! Wenn Sie mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Fleisch das "Opfer" bringen und Ihren Laden wieder öffnen wollen, so können Sie dies, ohne in den Verdacht des Wunders zu kommen, wenn Sie die Verkaufspreise auch nur eingerichtet dem Einkaufspreise plus Umtosten anpassen. Dach dies für die Folge auch bei den Rohmehrgern, und zwar nicht nur in Höchst, sondern auch in Frankfurt geschieht, das für sollten und müßten die Preisprüfungsstellen sorgen.

Schwanheim, 15. Juni. (Fleisch, Wurst- und Fettverkauf) Am Samstag den 17. Juni wird bei Mehlere P. Nicolai von 2-5 Uhr Rindfleisch verkaufst für die Nummern 881-900; Schweinefleisch bei P. May von 2-3 Uhr für die Nummern 801-910; Kalbfleisch bei demselben von 3-4 Uhr für die Nummern 911 bis 920; Schweinefleisch bei P. Schneider von 2-4 Uhr für die Nummern 961-1130; Wurst bei P. May von 4-5 Uhr für die Nummern 1-70; Fett bei P. May für die Nummern 51-80, bei P. Nicolai für die Nummern 81-110, bei P. Schneider für die Leute, die bei dem letzten Verkauf nichts bekommen haben. Die Fleisch-, Wurst- und Fettarten sind vorzulegen.

Hanau, 16. Juni. (Unterstützung von Veteranen von 1870/71) Zur Unterstützung der durch den Krieg 1870/71 invalide geworbenen Hanauer Kriegsteilnehmer und von Hinterbliebenen der im Feldzug 1870/71 gefallenen Hanauer Kriegsteilnehmer steht der Stadt ein Kapital zur Verfügung, dessen Betrag eventuell zur Verteilung kommen werden. Die Kriegsteilnehmer beginnen die Hinterbliebenen von in dem Feldzug Gefallenen, welche an jenen Fonds Ansprüche machen wollen, werden aufgefordert, sich unter Vorlage von Militärpapieren und gegebenenfalls ärztlichen Zeugnissen bis zum 1. August d. J. entweder schriftlich zu melden oder auf dem Rathaus, Zimmer 38, zu Protokoll vernehmen zu lassen. Verspätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. — (Das vorzeitige Abmachen) von schlecht geratenem Protokoll, Heser und Gerste darf laut Bekanntmachung des Magistrats nur dann erfolgen, wenn vorher beim Magistrat die Erklärung dazu nachgesucht worden ist. Die Erklärung wird nur dann erteilt, wenn durch den Sachverständigen des Magistrats das Vorhandensein von wirtschaftlichem Nachwuchs festgestellt ist.

Wadenbuchen, 16. Juni. (Um Viehhandel wieder bereitzustellen) ist der Viehhändler Bernhard Steigerwald von hier Steigerwald ist von dem Viehhändlerverband der Regierungsbürgertum Kassel an Stelle der entzogenen Ausweisfarbe eine neue Ausweisfarbe — Hauptfarbe Nr. IV 48 — erteilt worden.

Mainz, 15. Juni. (Strafsammer) Der Hotelbesitzer Wilhelm Reich von hier war der Kuppel ei angeklagt. Die Verhandlung, zu der viele Zeugen geladen waren, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auch der militärische Polizeimeister wohnte der Verhandlung bei. Der Angeklagte wurde schuldig befunden und zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der 49jährige Fabrikarbeiter Johann Klein in Worms und dessen Tochter Olafina waren der Blutbund an die angeklagt. Klein wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, die Olafina zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ach-Weisbach, 15. Juni. (Unfallübersicht) Vor gestern morgen wurde durch den um 9.14 Uhr vormittags in Ach-Weisbach abfahrenden Personenwagen, zwischen Großheiden und Marienberg-Langenbach, auf einem unbewachten Nebenweg ein mit 2 Kühen beladenes Fuhrwerk überfahren. Der noch auf dem Gleis befindliche Wagen wurde von der Maschine des Rades erfaßt und zertrümmert. Die Kühe wurden zur Seite geschleudert und beide so schwer verletzt, daß sie abgeschlachtet werden mußten. Das Fleisch wurde dem Kommunalverband Marienberg zur Verfügung gestellt. Der entstandene Schaden ist um so höher, als beide Kühe tragend waren.

Heidesheim, 15. Juni. (Unfall durch Hochwasser) ist der Rhein in den Gemeinden Budenheim, Heidesheim und Nied-Ingelheim stellweise bis zum Damm über die Ufer getreten. Die fischlichen Weisen der Haderau stehen unter Wasser. Das gemähte Heu grast ist fortgewaschen. Die trüben Fluten bringen Heu grast in großen Mengen.

Weilar, 15. Juni. (Explosion) Auf der Friedrichshütte explodierte ein Windchiner und flog durch das Dach des Hüttenhauses ins Freie. Dabei wurde der schon 40 Jahre im Werk beschäftigte Wiegemeister Diehl getötet. Zwei andere Personen erlitten erhebliche Verletzungen.

Kassel, 15. Juni. (Die Wiederaufliebung des Verbots der Hausschlachtungen) hat der Regierungsbürgertum für den gesamten Regierungsbezirk Kassel angeordnet.

Aus Frankfurt a. M.

Rendungen in der Verwaltung des Frankfurter Schulwesens.

Die eigentümliche Art der Schaffung eines Lehrstuhls für Pädagogik an der Frankfurter Universität, wie auch die damit in Zusammenhang stehende beabsichtigte Änderung in der Verwaltung des Frankfurter Schulwesens fordert nach verschiedenen Richtungen die Kritik heraus. Die alte Ansicht des Stifters dieses pädagogischen Lehrstuhls in Ebenen; aber wir sind der Meinung, wenn Herr Dr. Wilhelm Merton das Bedürfnis hat, der Universität eine Stiftung zu machen und daran so bestimmte Wünsche knüpft, wie es in diesem Falle geschieht, dann muß auch die finanzielle Grundlage dafür so beabschaffen sein, daß die Stadt seine weiteren Lasten zu tragen hat. Bei dieser Einrichtung eines Lehrstuhls für Pädagogik aber entstehen der Stadt neue Ausgaben zu Lasten der Universität durch die Pensionierung des Herrn Stadtrats Dr. Rieben. Und es ist vor nicht ausgeschlossen, daß der neue Lehrstuhl der Stadt auch noch weitere Kosten verursacht. Wir wollen auch vor nicht weiter untersuchen, ob es notwendig ist, zur wissenschaftlichen Erforschung des Bildungswesens nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite hin eine besondere Professur für Pädagogik einzurichten, die die Aufgabe hat, Fragen wie die des Aufstiegs der Bevölkerung oder der kultursmöglichen Ausgestaltung des Bildungswesens zu studieren, oder ob das nicht ebenso gut durch die schon bestehende philosophische Fakultät hätte erfolgen können. Die Art, wie in der Magistratsvorlage besonders betont wird, daß die Schenker sich die Lehrstätigkeit „um so erfreulicher“ denken, wenn die theoretische mit einer praktischen Tätigkeit auf dem Gebiete des Bildungswesens in der Verbindung sinnigen Anhängers des Lehrstuhles vereinigt wird, sieht sehr dann aus, als ob dabei der Wunsch der Vater de Gedanken entsteht, und als ob dieser Wunsch den Eltern insofern korrigiert wäre. Denn doch gerade Herr Stadtrat Dr. Rieben der Mann sein soll von dem das Bildungswesen und Fragen wie die des Aufstiegs der Bevölkerung eine besondere Förderung erfahren sollen, möchten wir mit einem großen Fragezeichen versehen.

Gewiß, Herr Stadtrat Dr. Rieben hat schon viel über Reformen in Schul- und Bildungswesen geredet und geschrieben — im schönen Meden liegt u. E. sogar ein Teil seiner Stärke — aber von ihm heißt es auch: „Vielst nicht nach meinen Wünschen sondern nach meinen Werken.“ Wenn wir nochmals nun fast unzählbares Wissen an der Seite der Frankfurter Schulverwaltung beurteilen und das nicht aus seiner Tätigkeit ziehen, dann kann leider gesagt werden, daß für das Frankfurter Schulwesen wenige Menschen herausgekommen sind. Allen großen bildungslichen Neuerungen in unserem Schulwesen ist Herr Dr. Rieben abhold gewesen. Was an kleinen Neuerungen und Verbesserungen im Kreisfallenpielen ihm durchgesetzt wurde, das wurde zum Teil gegen seinen Willen durchgesetzt. Herr Stadtrat Dr. Rieben ist ein Mann der Einheitlichkeit und einer warmer Befürworter des Weltkrieges, so hat selbst schon die Frankfurter Schulzitadelle“ aufgerufen, daß die Freunde der Einheitlichkeit von seinem Wirken an der Universität nichts zu erhoffen hätten. Von anderen Fragen der Schulreform kann zu schweigen.

Passisch kann mir. Wenn es den Männern wünscht um die Fortschaffung und Förderung des Bildungswesens nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite hin zu tun, dann wäre dann wäre eine Stiftung für das vom Magistrat für Fortschaffung und Förderung des Bildungswesens ausgestellte Maßnahmenkabinett. Aber das wäre eine vollständige Tot. Aber das nur nebenbei.

Wiederlich ist das, was der Magistrat an Maßnahmen in der Reformierung des Schulwesens vorschreibt. Ganz ist eine Taffel in der Art vorgenommen worden, daß Herr Magistrat aus Rücksicht auf die Normalisierung der militärischen Wissenschaften und Fortbildung und Schulbildung übernimmt, und Herr Dr. Rieben als unbesoldeter Stadtrat das höhere Schulwesen behält. Eine solche Teilung hätte

wir für sehr bedenklich; denn daß Schulwesen soll und muß ein einheitliches Ganzes bilden, schon um seines organischen Aufbaues willen. Die Art, wie bisher in Frankfurt die höheren Schulen bevorzugt und die Volkschulen vielfach hintangestellt wurden, war ein großer Fehler und ist oft zum Gegenstand der Kritik gemacht worden. Das würde bei der doppelten Verwaltung natürlich nicht besser, sondern noch schlimmer werden. Denn bei den bekannten guten Beziehungen, die Herr Dr. Bieben mit den Leitern der höheren Schulen unterhält, werden diese ihren Einfluß immer wieder geltend machen, um ihre Interessen gewahrt zu sehen. Und die Volkschulen werden das Aichenbrödel bleiben, das sie heute sind.

Aber auch sonst hat die Vereinigung eines pädagogischen Lehrstuhles an der Universität und die Verwaltung unseres höheren Schulwesens in einer Hand — und in der des Herrn Stadtrats Dr. Bieben! — ihre großen Bedenken. In der Lehrerhochschule ist es eine längst bekannte und auch schon oft tief beklagte Tatsache, daß unter der Verwaltung des Herrn Stadtrats Dr. Bieben das Streitbrett eine starke Förderung erfahren hat, daß selbständige Naturen nicht gut aufkommen könnten, und daß mehr auf gute Gesinnung und Unterwürfigkeit, als auf eigene Meinung und Charakterfestigkeit gelehrt wurde. Das wird aber durch die Verquidung der beiden Aemter nicht besser, sondern wie wir fürchten, noch schlimmer. Denn man bedenke: An der Universität ist Herr Dr. Bieben Dozent auf dem Lehrstuhl für Pädagogik; seine Hörer sind in der Hauptstädte Lehrer und Lehrerinnen. Er ist aber zugleich auch Vorsteher der Prüfungskommission und in der städtischen Verwaltung Leiter des höheren Schulwesens. Sein Einfluß ist also noch der einen wie der anderen Richtung ein sehr großer, was sich daraus nach dem oben angedeuteten ergibt, braucht nicht näher gesagt zu werden. Auf seinen Fall ist es auf, daß diese einflussreichen Aemter ein Mann in einer Hand vereinigt, denn selbst wenn das nicht zuträfe, was man Herrn Dr. Bieben noch sagt, ist die Vermutung naheliegend, daß bei dieser Verquidung von Dozententätigkeit, Prüfungskommission und Leiter des höheren Schulwesens dem Gedanken einer Güntlingswirtschaft ein nahrhafter Boden bereitet wird. Auch aus diesem Grunde halten wir die Beibehaltung der Leitung des höheren Schulwesens für sehr bedenklich.

Wenn Herr Dr. Bieben das Bedürfnis empfindet, sich der Universitäts-Tätigkeit zu widmen, so soll man ihn daran nicht hindern; aber dann muß er auch die Konsequenzen ziehen und aus dem städtischen Dienst ausscheiden. jedenfalls halten wir die geplante Verquidung von zwei Aemtern in einer Person für ein Verhöhnnis, und wenn später einmal eine scharfe Kritik eingesen sollte, so haben sich die, die die diese Soche „gedreht“ haben, dies selbst zuschreiben.

Bedenklich ist es, daß, wie es scheint, die Fortschrittliche Volkspartei sich bereits mit der Sache abgefunden hat, anstatt diese günstige Gelegenheit zu benutzen, um in Frankfurt einen Mann an die Spitze unseres Schulwesens zu berufen, von dem man die Gewissheit hätte, daß er es sozial und pädagogisch vorwärts brächte und mit dem Geist erfüllte, der wohlauf fortschrittlich ist.

Das Gewerkschaftskartell zur Lebensmittelnot.

Gestern abend erörterte das Gewerkschaftskartell in einer stark besuchten Sitzung die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt in Frankfurt. Stadt. Weidner hielt ein kurzes einleitendes Referat; er gab in knappen und bestimmten Sätzen dem Unwillen über die heileste Verfahrensweise der Regierung, den Mangel an Voraussicht bei leitenden Stellen und das lästige Verfolgen der kommunalen Behörden Ausdruck. Allgemein wurde seiner Meinung zugestimmt, daß nun das Mahl der Geduld voll ist, voll bis zum Überlaufen. In gewohnter Weise hätten die Gewerkschaften sich bemüht, die Arbeiterschaft zu geordneten Verhalten anzuleiten, denn nicht von Unkenntnis, sondern vom Ausbau der Organisation wurde Besserung erwartet. Aber alle Ermahnungen an die Behörden blieben fruchtlos, alle Beschwerden zerstatterten im Winde. Dass soviel Unfähigkeit bei den Behörden bestehen könne, sei nicht zu glauben; man könne vielmehr die Meinung hören, es fehle der gute Wille. Der böse Wille, die Verstödttheit gegen unabsehbare Lebensnotwendigkeiten merde auf erblidt in der unleugbar vorhandenen, himmel-schreitenden Tatsoche ganz allgemeiner, überall geübter und von der Gemeinde geförderter Vorzugsung der Wohlhabenden und Reichen, die immer noch, wenn auch zu erhöhten Preisen, für ihren Lebensbedarf bekommen können, was sie brauchen, während die Arbeiterschichten dem Hunger überantwortet sind. Die Arbeiter nehmen als selbstverständlich hin eine sehr starke Einschränkung, sie würden auch den Hunger ertragen, aber alle sollen hungrig sein, nicht nur sie. Bei einigermaßen gleichmäßiger Verteilung wäre es möglich, das Volk durchzubringen, aber nicht bei den bestehenden Zuständen, wo der Wohlhabende neben Geflügel und Fisch wöchentlich mehrmals reichlich Fleisch haben kann, während auf die Arbeiter in drei Wochen höchstens ein Viertelpfund entfällt und auch andere Nahrungsmittel, selbst zu Zuckerpreisen, ihm knapp zugeteilt sind.

Die weitere Aussprache war auf einen noch viel schärferen Ton gestimmt, geradezu explosiv brach der Zorn herau. Alte, erfahrene Gewerkschafter, die gewohnt sind, in allen Lagen fühes Blut zu bewahren, zitterten vor Zorn bei ihren Ausführungen. So gut wie allgemein war die Meinung und wurde ausgesprochen, ein solches Maß von Unfähigkeit, wie die Frankfurter Gemeindeverwaltung an den Tag gelegt habe, könne es gar nicht geben, hier müsse böser Wille, der alle Last und alles Ungemach dieser Kriegszeit auf die Winderbmittelten abwälzen will, zugrunde liegen. Es wurde schließlich einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute versammelten Gewerkschaftsbelegten und Vorstände, Mitglieder der Frankfurter Gewerkschaften protestieren auf schärfste gegen die ungerechte und schlecht organisierte Verteilung der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, in Frankfurt a. M.

Für die Wohlhabenden ist hinreichend gesorgt. Diesen Leuten stehen die besseren Fleischsorten, Wild, Geflügel und Konserve neben ihrem eigenen Vorrat reichlich zur Verfügung. Auch von der Stadtverwaltung werden ihnen größere Mengen Fleisch zugewiesen, so daß sie weit mehr pro Kopf erhalten, wie die Winderbmittelten. Durch Vorbehaltung und Hausslieferung der Lebensmittelgeschäfte ist es dieser Bevölkerungsschicht leicht gemacht, die Quantität Fleisch, Fett, Butter, Eier usw. zu bekommen.

Die Winderbmittelten hingegen müssen zunehmend vor den Lebensmittelgeschäften stehen, bis

sie für ihr sauer verdientes Geld etwas kaufen können, und dabei besteht noch die Gefahr, daß sie trotz langen Wartens nichts erhalten.

Solche Zustände sind eines Kaliuropolos unwürdig, sie haben eine ungeheure Erbitterung im Volke erzeugt, und es ist zu befürchten, daß es noch zu Weiterungen schwerster Art kommt, wenn nicht bald eine andere Regelung getroffen wird. Es können ferner diese Menschenansammlungen auf den Straßen Friedenstörer wirken, weil sie die Annahme zu lassen, daß es mit den Lebensmitteln in Deutschland gut geht.

Die Arbeiter und deren Vertreter haben wiederholt ihre Stimme gegen diese Zustände erhoben und gerechte und bessere Verteilung der Nahrungsmitte verlangt, leider aber wenig Gehör gefunden. Die Arbeiterorganisationen lehnen deshalb jede Verantwortung für die Folgen dieser Zustände ab.

Die versammelten Vertreter der Gewerkschaften richten erneut das Gesuch um Abhilfe an die Stadtverwaltung und machen folgende Vorschläge:

1. Sofortige Einführung von Fleisch- und Fettkarten unter Anrechnung der in den Haushaltungen vorhandenen Vorräte.

2. Beizüglich Organisierung der Verteilung von Fleisch, Fett, Eiern usw. entweder durch städtische Verteilungsstellen oder in Verbindung mit Lebensmittelgeschäften unter städtischer Kontrolle.

3. Um Ansammlungen vor den Geschäften zu vermeiden: Einführung des Nummernsystems und Garantie der Lieferung der auf den Karten verzeichneten Waren in der Weise, daß kein Verfall eintritt, sondern den Leuten, die noch aus abgelaufenen Karten etwas zu beanspruchen haben, ein Vorbezugrecht eingeräumt wird.

4. Verbot des Vorbeikelns und der Hauslieferung bei Lebensmitteln.

5. Die Rationalisierung so vorzunehmen, daß die auf den Koff der Verteilung entfallende Menge auch den vorhandenen Lebensmitteln entspricht und geliefert werden kann.

6. Eine umfassende Kontrolle der Lebensmittel und der Warenverteilung vorzunehmen, unter Beziehung einer höheren Anzahl ehrenamtlich tätiger Bürger.

Zum Schluß wählte man eine Deputation, die heute beim Oberbürgermeister vorzutragen soll. Das sei das letzte Mittel, der letzte Versuch, schlage auch er fehl, dann könne das Kartell für nichts einstehen, die Verantwortung für Ausbrüche der Verzweiflung komme aufs Haupt der Stellen, deren Verhalten die bestehenden Zustände verhüllt hat.

Die Allgemeine Ortsstratenkasse hielt am 5. Juni eine Ausschüttung im Schlecker'schen ab. Zur Tagesordnung standen: Der Geschäftsbericht und die Abnahme der Jahresrechnung von 1915, sowie die Beschlusstafel über die künftige Gewährung eines Sitzungsgeldes an die Ausschusshilfmitglieder. Alle Punkte wurden statt erledigt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Kasse im Jahre 1915 außer rund 125 000 Mark Renten und 10 000 Mark sonstigen Einnahmen zusammen 6,6 Millionen Mark (einschließlich Aufzugsbeiträge zur Rentenversicherung) vereinommen. Diese Einnahmen runden an Ausgaben für Krankengeld, ärztliche Behandlung, Arzneien, Heilmittel, Geburthilfe, Wochen-, Schwangerschafts- und Stillgeld rund 4,7 Mill. Mark, am Sterbegeld rund 140 000 Mark und an Verwaltungskosten, sowie sonstigen Ausgaben rund 600 000 Mark gegenüber, so daß ein Überschuss von rund 1,3 Millionen Mark erzielt wurde. Dieser wurde größtenteils in Aktienanteile beigebracht, durch Eintragung als Darlehen ins Schuldbuch der Stadt Frankfurt verzinsbar angelegt. Die Mitgliedszahl betrug 148 000; das Personal zählte 180 Köpfe. Die eigene Bahnlinie der Kasse in der Braubachstraße ist fertig eingerichtet, kann aber wegen Personalmangels erst nach Beendigung des Krieges eröffnet werden. Für Kriegsteilnehmer wurden rund ½ Millionen Mark an Kranken- und Sterbegeld gezahlt. Außerhalb der Tagesordnung wurden Abgrenzungen geführt, daß die meldungen der Hausarbeiterverbänden, namentlich der von mehreren Arbeitnehmern Beschäftigten, zu wünschen übrig liege. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß die Hausarbeiterverbänden in Frankfurt bereits seit 17. Mai 1915 durch kantinare Verordnungen der Kantinenverfassungspflicht wieder unterworfen wurden, und daß die für mehrere Arbeitgeber tätigen Hausarbeiterverbänden von jedem der beteiligten Arbeitgeber zu melden sind. Die Beiträge werden im leichten Falle seitens der Kasse anteilig auf die Arbeitgeber verteilt. Verzögerungen gegen die Meldebefristen sind strafbar.

Briefkasten der Redaktion.

G. R. 100, Friedr. Stal. Wir raten Ihnen, sich an die Geschäftsstelle des Bergarbeiterverbandes in Bochum, Wiemelhäuser Straße 33/40, zu wenden.

J. P. In derzeitigen Angelegenheiten geben wir prinzipiell keine Auskunft.

Heldpost.

Musketier Engelhardt. Wie bestätigen kannend den Empfang von 2 Mark.

Gestalter Henri. Zeitung ist mit 30. Juni 1916 bezahlt.

Wegen ungenügender und falscher Adresse können zurück:

Wehrmann Ernst Niemann (Vogarett).

Wehrmann Wehrner.

Gefreiter Chr. Röder.

Musketier Artur Röder (Vogarett entlassen).

Musketier Johann Mayer (verwundet).

Landsturmmann E. Riegeler.

Landsturmmann Fritz Schler.

Falls Angehörige die genaue Adresse besitzen, bitten wir um deren Angabe.

Die Expedition der „Volksstimme“.

Neues aus aller Welt.

Was jetzt alles geraucht wird!

Vor der Strafkammer in Ratibor wurde kürzlich ein umfangreicher Prozeß wegen Lieferung von verfälschten Zigarren an unsere Soldaten verhandelt. Angeklagt war der 42jährige Zigarrenfabrikant Paul Böhm wegen Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz. Zur Verhandlung waren 48 Zeugen und neun Sachverständige geladen. Aus der Verhandlung sei nach dem „Oberschlesischen Anzeiger“ folgendes wiedergegeben: „Unsere Heldengräben in Czestochowa und Umgebung beschäftigen sich im vorigen Jahr bitter, als sie in den Kontinen und Markttendencien unter dem bezeichnenden Namen „London docks“ eine 6 Pfennig-Zigarre erhielten, die furchtbar stark und durchaus nicht zu rauchen war. Einige Männer beschäftigten sich dieserhalb bei dem Oberstabsarzt Dr. A. Simon, der drei Stück dieser Zigarren untersuchte und darin schädliche, verschimmelte, zum Teil verfaulte Zigarren, ja sogar Mäusefressen fand. Ein Sanitätsoffizier, der Frachtmann in der Zigarrenfabrikation war, stellte fest, daß die Zigarren wenig oder gar nicht fermentiert waren, ein Verfahren, bei dem der Saft des Tabaks durch Fruchtmischungen zum Garen gebracht und die Einheitsbestandteile darin verteilt werden. Die Unterlassung dieser umständlichen Verarbeitung mache daher die Zigarren unappetitlich und gesundheitsgefährlich, da sie Nebelkeit beim Rauchen erzeugten. Die

sofortige Untersuchung ergab, daß diese famosen „London docks“ von dem Angeklagten stammten. Die Untersuchung ergab, daß ein Teil dieser Zigarrenstiel mit Schmutz durchsetzt war, sowie Bastfasern, Bindfadenreste, Holzteilchen, Stacheldraht, Rattendreck und anderes undefinierbares Zeug, das mit der Maschine geschnitten war, enthielt. Durch die Zigarrenaufnahme wurde festgestellt, daß die Kriegszentrale die Verschiffungen den Angeklagten von der Lieferung abgeschlossen habe, und zwar wegen Unzuverlässigkeit und Mißvermögen des eingehandelten Zigarrenproben. Ein händiger Chemiker Dr. Roach aus Oppeln hatte außer den bereits erwähnten Fremdkörpern auch einen zwei bis drei Zentimeter langen Röhrchen in einer Zigarette gefunden. Ein händiger Chemiker Dr. Roach aus Oppeln hatte außer den bereits erwähnten Fremdkörpern auch einen zwei bis drei Zentimeter langen Röhrchen in einer Zigarette gefunden.

Staatsanwalt hielt den Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von 12 Monaten, der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis, wodurch ein Monat als durch die erlittene Untersuchungshaft verblieb gelten soll.

Doppelt verheiratet. Am Oktober 1914 erhielt eine Käppelsteg im Kreise Solingen wohnende Kriegsgefangene die Mitteilung vom Regiment, daß ihr Mann gefallen sei, und an ihn abgelaufenen Postkarten, Briefe, Pakete kamen wieder zurück mit dem Bemerk: „Adressat tot.“ In der Kasse wurde das Seelenamt für den Mann gelesen, von einer Stiefelkarte erhielt die Frau das ihr aufstehende Sterbegeld ausgereicht, auch das „Gedenkblatt für Gefallene“ wurde ihr ausgetragen. Da ein Zweifel an dem Tode ihres Mannes nicht mehr bestand, verheiratete sich die Frau im Winter 1915 wieder, etwa 8 Tage darauf nun die Neuerwählte eine Karte aus Sibirien, auf welcher ihr toteglaubter Mann ihr schrieb, daß er sich in russischer Gefangenschaft befände und wohl fühle.

Wiesbadener Theater.

Residenz - Theater.

Freitag, 16. Juni, 7 Uhr: „Die rätselhafte Frau“. Sonntag, 17. Juni, 7 Uhr: „Die rätselhafte Frau“. Sonntag, 18. Juni, 7 Uhr: „Bill und Biedle“.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

E. G. m. b. H.

Bureau und Zentrallager: Gobenstrasse 17. — Telefon 400 u. 610.

Ein Waggon Fische

frisch eingetroffen:

Seelachs . per Pfund 63 Pf.
Bratschollen per Pfund 54 Pf.

Der Vorstand.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alte Bezugssquelle, sollte Schuhware zu billigstem Preise zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Schuhwarenhaus.

Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 21

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5

neben Hotel Vater Rhein.

Rothschild's Arbeiter-

Kleider-Magazin

Wellritzstr. 18 Formsp. 2147

empfiehlt W...

Schlosser-Anzüge

Starke Leder- und

Manchetter-Hosen

Die Arbeitshemden

Leichte Sommer- sowie

Berufskleidung jeder Art.

Bekannt gute Qualitäten.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden u. Umgegend.

Kriegsfächer

-Atlas

enthaltend 10 Karten der verschiedensten Kriegsmautgebiete.

Handliche Taschenmautkarte.

Große Maut